

**Rede des Herr Bundespräsidenten
anlässlich der Eröffnung der Paritätischen
Parlamentarischen Versammlung AKP-EU
am 19. Juni 2006**

Verehrte Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung AKP-EU,
Herr Präsident des Europäischen Parlamentes,

meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

Als österreichischer Bundespräsident heiße ich Sie ganz herzlich in Wien willkommen! Als langjähriger Parlamentarier und überzeugter Anhänger des Parlamentarismus darf ich Sie auch als Kollegen begrüßen und Ihnen für Ihr demokratisches Engagement danken.

Ich freue mich, dass die halbjährliche gemeinsame Versammlung der AKP- und EU-Parlamentarier diesmal in Österreichs Hauptstadt tagt. Hoffentlich werden Sie neben Ihrem wichtigen und umfangreichen Tagungsprogramm auch Gelegenheit finden, Wien und seine Sehenswürdigkeiten besser kennen zu lernen.

Dass diese Tagung im Vienna International Center stattfindet ist für mich mehr als symbolhaft. Die in Wien ansässigen UN-Organisationen, allen voran UNIDO, UNODC aber auch die IAEA, die sogar einen der Workshops mitorganisiert, haben allesamt intensive Kontakte mit AKP-Staaten und tragen, glaube ich, jede auf ihre Weise auch zur Entwicklung dieser Regionen bei.

In den Beziehungen der Europäischen Union zu den Ländern Afrikas, des pazifischen Raumes und der Karibik spielen die Werte der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, ihre Vermittlung und Stärkung eine herausragende Rolle. Einem lebendigen Parlamentarismus kommt dabei besonderer Stellenwert zu. Der regelmäßige Kontakt des Europäischen Parlamentes zu den Parlamenten der AKP-Staaten und selbstverständlich die gemeinsame Versammlung der AKP- und EU-Parlamentarier nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein.

Die Beziehungen zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und den AKP-Staaten gestalten sich traditionell eng, wenn auch in verschiedenen Abstufungen, und partnerschaftlich. Mögen diese Beziehungen rückblickend auch nicht immer reibungslos gewesen sein, so sind sie heute doch gekennzeichnet von gegenseitigem Respekt und Verständnis sowie von der Überzeugung, dass uns nur gemeinsam - in partnerschaftlicher Kooperation - der Versuch gelingen kann die Welt positiv zu entwickeln.

Gerade angesichts der globalen Herausforderungen und brennenden Probleme der Menschheit wird es immer deutlicher, dass wir auf einander angewiesen sind, um auf der Basis gemeinsamer Werte unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen; - und damit wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Gerechtigkeit in den Lebensbedingungen der Menschen in unseren Regionen zu erzielen.

Förderung des Handels und Entwicklungshilfe wirken zweifellos als Antrieb für eine verbesserte Zusammenarbeit insbesondere im Hinblick auf die am wenigsten entwickelten Länder innerhalb der AKP-Staatengruppe. Es wäre aber eine verhängnisvolle Verkürzung, unsere

Beziehungen nur in diesem Bereich ansiedeln zu wollen. Ebenso wichtig ist eine verstärkte Zusammenarbeit in anderen Bereichen wie etwa Forschung, Tourismus, Studentenaustausch, Kultur und Umwelt. Gerade hier konnten in den letzten Jahren bereits wichtige Fortschritte erzielt werden.

In einer sich rasant verändernden Welt ~~kommen~~ sind wir immer wieder mit neuen Themen konfrontiert oder müssen uns erneut mit Themen befassen, die wir schon beinahe aus den Augen verloren haben. Einige dieser Themen stehen in den kommenden Tagen auf Ihrer Agenda, ^{z.B.} der Bereich Frieden und Sicherheit sowie die Fortschritte bei den Verhandlungen der Abkommen über Wirtschaftspartnerschaften und der Doha-Entwicklungsrunde aber auch der Umgang mit Pandemien wie die Vogelgrippe.

Die Europäische Union ist sich der Tatsache bewusst, dass die Gruppe der AKP-Staaten nicht homogen ist. Unsere Beziehungen müssen daher so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen der jeweiligen Region am besten entsprechen. Dies trifft auch auf die drei großen Bereiche zu, auf die sich unsere Partnerschaft im Rahmen des Cotonou-Abkommens stützt: politische Partnerschaft, Handelszusammenarbeit und Entwicklungsfinanzierung.

Während der vergangenen Jahre hat sich unsere politische Partnerschaft kontinuierlich weiterentwickelt. Im vergangenen Jahr haben wir die Revision des Cotonou-Abkommens abgeschlossen und den politischen Dialog und damit unsere Partnerschaft gestärkt. Die Paritätische Parlamentarische Versammlung ist neben dem AKP-EU-

Ministerrat die wichtigste Institution, die dieser politischen Partnerschaft Ausdruck verleiht.

Die EU erarbeitet derzeit, für die 3 großen AKP-Regionen spezifische Entwicklungsstrategien, die nicht nur die Unterschiede und Vielfalt innerhalb der Regionen berücksichtigen, sondern auch die gemeinsamen Werte und Ambitionen. Die Entwicklung dieser Strategien ist auch ein Zeugnis dafür, welche hohe Bedeutung die EU ihren Beziehungen zu diesen Regionen beimisst.

Die EU Afrikastrategie wurde vom Europäischen Rat im Dezember 2006 angenommen. Erste Schritte zu ihrer Umsetzung wurden gemeinsam mit den afrikanischen Partnern bereits unternommen. Während des jüngsten EU-LAC-Gipfels in Wien hatten wir Gelegenheit, die EU Strategie für die karibische Region anzusprechen. Der Vorschlag für eine strategische Partnerschaft mit dem Pazifik wurde kürzlich beim AKP-EU-Ministerrat in Papua Neuguinea von der Kommission vorgestellt und wird weiter diskutiert werden.

Im Hinblick auf die Handelsbeziehungen sind wir der Ansicht, dass der regionale Ansatz am besten geeignet ist, um die Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft zu unterstützen. Es kommt jedoch vor allem darauf an, dass regionale Integration und Handel, einschließlich Süd-Süd-Handel, dazu beitragen, die Armut zu reduzieren. Daher unterstützen wir die laufenden Verhandlungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und hoffen, dass diese bis Anfang 2008 in Kraft treten können.

Was die Entwicklungsfinanzierung anbelangt, haben die EU und ihre Mitgliedstaaten als gemeinsamer größter Geber wiederholt gezeigt, dass

sie auf Worte Taten folgen lassen. Das Finanzprotokoll zum 10. Europäischen Entwicklungsfonds, das vor kurzem vom AKP-EU-Ministerrat verabschiedet worden ist und die beeindruckende Summe von 24,39 Mrd. € enthält, ist Ausdruck dieses Bekenntnisses.

Daneben haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union anlässlich der Europäischen Räte von Barcelona 2002 und Brüssel 2005 beschlossen, ihre kollektiven öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe im Jahr 2006 im Schnitt auf 0,39 % des Bruttonationaleinkommens ^{zum Vergleich} sowie 2010 auf durchschnittlich 0,56% zu erhöhen und schließlich bis 2015 auf 0,7% ansteigen. *zu Berlin*

Parallel dazu unterstützt die EU Bemühungen, die Entwicklungszusammenarbeit kohärenter und effizienter zu gestalten und nimmt aktiv an der derzeitigen Diskussion über die Reform der UN-Entwicklungszusammenarbeit teil.

Sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Sie werden in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, die Europäische Kommission und die Vorsitzenden des EU- und des AKP-Ministerrates zu Ihre Anliegen zu befragen und ausführlich miteinander zu diskutieren. Am kommenden Mittwoch wird Ihnen der EU-Ratsvorsitz für die Beantwortung Ihrer Fragen und für eine offene Diskussion Ihrer Anliegen zur Verfügung stehen.

Abschließend wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei Ihren Beratungen im Interesse der Bekämpfung von Hunger und Armut und im Interesse der Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten.